

OFFENER BRIEF

Zahnlose „Schreiberlinge“ **ohne journalistischen Jagdinstinkt**, die sich dem deutschsprachigen Mainstream anpassen und sich konform verhalten und kein einziger eine Ausnahme ist? Alle Journalisten sind geistig gleichgeschaltet? Alle sind tendenziös, einheitlich unkritisch. Alle haben sich einer Selbstzensur verschrieben? Alle leiden unter Jobängsten und haben keine finanzielle Unabhängigkeit? Keiner wird mehr dem journalistischen Berufsethos gerecht? Gesetzliche Vorgaben spielen auch keine Rolle? Die aktive Wahrheitsverpflichtung, die aktive Friedensverpflichtung und die aktive Völkerverständigungsverpflichtung sind das Papier nicht wert, auf dem Sie geschrieben sind? Mediales Totalversagen auf ganzer Linie? Ist das so? Schaut nämlich so aus, falls Sie betriebsblind sind. Ihr seid keine Watchdog die der Machtkontrolle nachkommen. Ihr seid Schoßhunde. Mehr nicht. Und zwar zahme Schoßhunde, wohlgemerkt. Unter jeder Gürtellinie. Wir haben eine so miese, so schändliche und so unzumutbare unqualitative Mediensituation, ja haben wir. Überall in allen Hofberichterstatterschreibstellen. Alle schön NATO-konform und transatlantisch korrekt. Die CIA-Schattenregierung, die Strippenzieher in Österreich und allen NATO-Staaten, der Schweiz und Schwedens geben den Ton an? ALLE MÜSSEN das illegale US-NATO-Drohnenmordterrorprogramm TOTSCHWEIGEN? Alle stecken tief im Arsch der CIA? Alle sind **CIA-Handlanger, CIA-Drohnenmördererfüllungsgehilfen** und üben den Part des Totschweigens/Vertuschens aus um Empörungsmanagmet für die US-NATO & für das Pentagon & CIA zu machen? JA, schon wieder ein Volltreffer? Schämt euch, ihr Hochverräter & Totschweiger.

Raum für eigene Gedanken.

Nord-Stream-Terror: Der Auftritt der mutmaßlichen Sündenböcke

08. März 2023 um 11:41 Ein Artikel von: [Tobias Riegel](#)

Aufgefundene Reisepässe, nicht entfernte Spuren von Sprengstoff – glaubt man aktuellen Berichten, dann wurden die Nord-Stream-Pipelines von einer **kleinen Gruppe (pro-)ukrainischer Stümper ohne Regierungskontakt zerstört**. Diese Version ist passend, denn **sie entlastet die USA und ihre Verbündeten**, die nach **Würdigung der Indizien, der Motive, der Gelegenheit und der technischen Fähigkeit als Hauptverdächtige des Anschlags zu gelten haben**. Gleichzeitig wird in den aktuellen Medienberichten auch eine **russische „False-Flag-Operation“** nicht ausgeschlossen – denn solche Operationen gelten nur dann als groteske Verschwörungstheorien, wenn sie westlichen Geheimdiensten vorgeworfen werden. Ein Kommentar von **Tobias Riegel**.

Laut Medienberichten ist nun **„weitgehend rekonstruiert worden**, wie und wann der Sprengstoffanschlag auf die Nord Stream-Pipelines vorbereitet wurde“. Demnach führen Spuren in Richtung Ukraine. Allerdings hätten die Ermittler bislang keine Beweise dafür gefunden, wer die Zerstörung in Auftrag gegeben hat. Die Täter scheinen nicht besonders professionell gewesen zu sein. Denn, wie [ZDF](#) vermeldet:

„Es wurden zwei Reisepässe gefunden. Die allerdings professionell gefälscht waren...“

Es kommt noch besser: Laut ARD sei die für den Anschlag genutzte Yacht dem Eigentümer im Anschluss in „ungereinigtem Zustand“ zurückgegeben worden: „Auf dem Tisch in der Kabine haben die Ermittler den Recherchen zufolge **Spuren von Sprengstoff** nachweisen können.“

Die „Tagesschau“ führt zudem aus, dass es den Ermittlern bislang nicht gelungen sei, herauszufinden, wer die mutmaßliche Tätergruppe beauftragt hat. Dann wird der **öffentlich-rechtliche Sender verschwörerisch:**

„In internationalen Sicherheitskreisen wird nicht ausgeschlossen, dass es sich auch um eine ‚False Flag‘-Operation handeln könne. Das bedeutet, es könnten auch bewusst Spuren gelegt worden sein, die auf die Ukraine als Verursacher hindeuten. Allerdings haben die Ermittler offenbar keine Hinweise gefunden, die ein solches Szenario bekräftigen.“

Laut „New York Times“ gibt es **(selbstverständlich) „keine Hinweise auf eine Verwicklung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj oder seines**

engen Umfelds, oder dass die Täter auf Anordnung der ukrainischen Regierung gehandelt hätten“, wie deutsche Medien berichten. Einige Informationen und Kommentare zum Thema hatten wir heute bereits in den [Hinweisen des Tages](#).

Aus den „staatlichen Akteuren“ werden plötzlich staatenlose Stümper

Viele Medien greifen die Version von den Stümpern ohne staatliche Verbindungen nun **ohne angemessene starke Skepsis auf und verzichten vorerst darauf, diese Darstellung mit harten Fragen nach der Plausibilität zu erschüttern** – ganz anders als bei vielen [Medien-Reaktionen auf den Hersh-Bericht](#).

Außerdem werden **Kriterien der Plausibilität zum Teil an das mutmaßliche jeweilige journalistische Ziel angepasst**: Hieß es bisher von offizieller und medialer Seite oft, hinter den Anschlägen **müsse ein staatlicher Akteur stecken**, wird nun **übergangslos die Theorie der staatenlosen Stümper freundlich verbreitet**. Auffällig ist momentan außerdem, **dass Spekulationen um False-Flag-Operationen nicht mehr prinzipiell als „Verschwörungsmysmen“ verdammt werden, sobald sie ins eigene Konzept passen**.

Noch ein Wort zu der **hochtrabenden Formulierung von der „gemeinsamen Recherche des ARD-Hauptstadtstudios, des ARD-Politikmagazins ‚Kontraste‘, des SWR und der ‚ZEIT‘**“, für die diese Medien „mit Quellen in mehreren Ländern gesprochen“ hätten: Wo genau ist hier die Recherche? Der Eindruck kann täuschen: Aber mir erscheinen die Berichte so, als hätten die Ermittlungsbehörden entschieden, dass nach dem [Hersh-Bericht](#) ein weiteres Schweigen zu dem Terroranschlag nicht weiter durchzuhalten sei und dass sie darum (ausgesuchte) Medien von der ab jetzt offiziell vertretenen Version der Ereignisse informiert haben.

Viele Medien dankbar für den Ausweg aus dem „Nord-Stream-Dilemma“

Die nun präsentierten Vermutungen haben für die offizielle Linie den Vorteil, dass sie sowohl den **allzu unglaubwürdigen Pfad verlassen**, die Russen verantwortlich zu machen, **gleichzeitig aber auch die mit Abstand Hauptverdächtigen (USA und Verbündete) aus dem Verdacht nehmen**. Und **nicht mal die ukrainische Regierung wird durch diese Version befleckt, weil sie ja nichts davon wusste**. Dem Publikum wird eine nun wenigstens **halbwegs glaubwürdige Geschichte präsentiert – mutmaßlich, um eine viel glaubwürdigere Version zu verdecken? Schließlich gilt es, einen „Elefanten im Raum“ zu verstecken**.

Da es noch keine handfesten Beweise zu dem Anschlag gibt, **verbleiben momentan nur Spekulationen, die sich auf Wahrscheinlichkeiten** und die vorhandene

Indizienkette stützen müssen – **und diese Kette spricht zunächst deutlich für die USA als Initiator.** Viele Medien scheinen darum nun froh zu sein, dass ihnen endlich ein Ausweg aus dem Nord-Stream-Dilemma angeboten wird, manche nehmen ihn gerne an, etwa **die „Bild“ weiß schon, wo „das Sprengkommando“ in See gestochen ist.**

Der Blogger Fefe bringt die Vorgänge [hier gut auf den Punkt](#):

„Ich weiß, was ihr jetzt denkt. Das war bestimmt eine pro-ukrainische Organisation mit Sitz in Langley, Virginia.“

Tue Mar 7 2023

- [\[1\]](#) Ihr ahnt ja nicht, was die gerade herausgefunden haben! [Die Nord-Stream-Explosionen gehen auf eine pro-ukrainische Gruppe zurück!](#)

Ja no shit, Sherlock! Habt ihr das ganz alleine rausgefunden?!? Respekt, Columbo!

Ich weiß, was ihr jetzt denkt. Das war bestimmt eine pro-ukrainische Organisation mit Sitz in Langley, Virginia.

Als ich diese Meldung vorhin zum ersten Mal sah, stand da noch, die Amerikaner seien sich eigentlich nur bei einer Sache wirklich sicher: Dass es weder USA noch UK waren. Gut, dass wir das mal geklärt haben.

Ich bin erstaunt, dass das so lange gedauert hat seit den Hersh-Anschuldigungen. Ich hätte die ja für agiler gehalten, die amerikanischen Geheimdienste.

Update: Ist euch mal aufgefallen, dass **False Flag immer eine unseriöse Verschwörungstheorie** ist, wenn sie von uns kommt, aber wenn sie von denen kommt, ist das eine völlig normale Möglichkeit, über die man mal unvoreingenommen reden muss?

In internationalen Sicherheitskreisen wird nicht ausgeschlossen, dass es sich auch um eine "False Flag"-Operation handeln könne. **Das bedeutet, es könnten auch bewusst Spuren gelegt worden sein, die auf die Ukraine als Verursacher hindeuten.** Allerdings haben die Ermittler offenbar keine Hinweise gefunden, die ein solches Szenario bekräftigen.

Oh, ihr habt keinen russischen Reisepass auf dem Boden neben dem Einschlagsort gefunden? Das heißt aber nicht, dass **eure Theorie absurde Kackscheiße war, nein nein! Das zeigt dann im Gegenteil, wie gewieft und verderbt diese Russen sind!!1!**

[Nord-Stream-Ermittlungen: Spuren führen in die Ukraine | tagesschau.de](#)

EXKLUSIV

**Nord-Stream-Ermittlungen
Spuren führen in die Ukraine**

Stand: 07.03.2023 21:39 Uhr

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Deutsche Ermittlungsbehörden haben bei der Aufklärung der Anschläge auf die Nord-Stream-Pipeline offenbar einen Durchbruch erzielt. Nach ARD-Informationen gibt es zwar keine Beweise, wer die Zerstörung veranlasst hat - doch es gibt Spuren. Sie führen in die Ukraine.

Von Michael Götschenberg, ARD-Terrorismusexperte, Georg Heil, rbb, und Holger Schmidt, ARD-Terrorismusexperte

Es ist das **politisch wohl brisanteste Ermittlungsverfahren** des Generalbundesanwalts. Nach einer gemeinsamen Recherche des *ARD-Hauptstadtstudios*, des *ARD-Politikmagazins "Kontraste"*, des *SWR* und der *"ZEIT"* konnte im Zuge der Ermittlungen **weitgehend rekonstruiert** werden, wie und wann der Sprengstoffanschlag auf die Nord Stream-Pipelines vorbereitet wurde. Demnach führen Spuren in Richtung Ukraine. Allerdings haben die Ermittler bislang keine Beweise dafür gefunden, wer die Zerstörung in Auftrag gegeben hat. In der Nacht zum 26. September 2022 waren drei der insgesamt vier Stränge der Pipelines Nord Stream 1 und 2 auf dem Grund der Ostsee durch Explosionen zerstört worden.



Michael Götschenberg ARD-Hauptstadtstudio



Holger Schmidt

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Konkret ist es den Ermittlern nach Informationen von *ARD-Hauptstadtstudio*, "Kontraste", *SWR* und "ZEIT" gelungen, **das Boot zu identifizieren, das mutmaßlich für die Geheimoperation** verwendet wurde. Es soll sich um eine Jacht handeln, die von einer Firma mit Sitz in Polen angemietet worden sei, die offenbar zwei Ukrainern gehört. Die Geheimoperation auf See soll den Ermittlungen zufolge von einem Team aus sechs Personen durchgeführt worden sein. Es soll sich um fünf Männer und eine Frau gehandelt haben.



Holger Schmidt, *SWR*, *ARD*-Terrorismusexperte, zu Reaktionen auf Berichte zu Nordstream-Ermittlungen

tagesschau24 09:00 Uhr, 8.3.2023

Demnach bestand die Gruppe aus einem Kapitän, zwei Tauchern, zwei Tauchassistenten und einer Ärztin, **die den Sprengstoff zu den Tatorten transportiert und dort platziert haben sollen**. Die Nationalität der Täter ist offenbar unklar. Die Attentäter nutzten professionell gefälschte Reisepässe, die unter anderem für die Anmietung des Bootes eingesetzt worden sein sollen.

Spuren von Sprengstoff in der Kabine

Das Kommando soll den Ermittlungen zufolge am 6. September 2022 von Rostock aus in See gestochen sein. Die Ausrüstung für die Geheimoperation sei vorher mit einem Lieferwagen in den Hafen transportiert worden, heißt es. Im weiteren Verlauf ist es den Ermittlern den Recherchen zufolge gelungen, das Boot am folgenden Tag erneut in Wieck

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

(Darß) und später an der dänischen Insel Christiansø nordöstlich von Bornholm zu lokalisieren. Die Jacht sei dem Eigentümer im Anschluss in ungereinigtem Zustand zurückgegeben worden. Auf dem Tisch in der Kabine haben die Ermittler den Recherchen zufolge Spuren von Sprengstoff nachweisen können.

Nach Informationen von *ARD-Hauptstadtstudio*, *"Kontraste"*, *SWR* und *"ZEIT"* soll ein westlicher Geheimdienst bereits im Herbst, also kurz nach der Zerstörung, einen Hinweis an europäische Partnerdienste übermittelt haben, wonach ein ukrainisches Kommando für die Zerstörung verantwortlich sei. Danach soll es weitere geheimdienstliche Hinweise gegeben haben, die darauf hindeuten, dass eine pro-ukrainische Gruppe verantwortlich sein könnte.



18.11.2022

Schwedische Staatsanwaltschaft [Nord-Stream-Explosionen waren Sabotage](#)
Schweden sieht den Sabotageverdacht als Grund für die Explosionen an den Nord-Stream-Pipelines bestätigt.

Auch eine "False Flag"-Operation wäre möglich

Für ihre Recherchen haben das *ARD-Hauptstadtstudio*, *"Kontraste"*, *SWR* und die *"ZEIT"* mit Quellen in mehreren Ländern gesprochen. An den Ermittlungen zur Zerstörung der Pipelines waren Sicherheitsbehörden in Deutschland, Dänemark, Schweden, den Niederlanden und den USA beteiligt. In Deutschland leitet der Generalbundesanwalt die Ermittlungen, der sowohl das Bundeskriminalamt als auch die Bundespolizei beauftragt hat.



Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4
Erste Spur zu Sabotageakt an Nord-Stream-Pipelines führt zu pro-ukrainischer Kommandogruppe

Georg Heil/ Lisa Wandt, RBB, tagesthemen 22:15 Uhr, 7.3.2023

Auch wenn Spuren in die Ukraine führen, ist es den Ermittlern bislang nicht gelungen herauszufinden, wer die mutmaßliche Tätergruppe beauftragt hat. In internationalen Sicherheitskreisen wird nicht ausgeschlossen, dass es sich auch um eine "False Flag"-Operation handeln könne. Das bedeutet, es könnten auch bewusst Spuren gelegt worden sein, die auf die Ukraine als Verursacher hindeuten. Allerdings haben die Ermittler offenbar keine Hinweise gefunden, die ein solches Szenario bekräftigen.



10.10.2022

Lecks an Nord-Stream-Pipelines Bundesanwaltschaft leitet Ermittlungen ein

Es handele sich um einen "schweren gewalttätigen Angriff auf die Energieversorgung", so die Behörde.

Kiew: "Haben natürlich nichts mit den Anschlägen zu tun"

Die ukrainische Regierung war zunächst für eine Stellungnahme nicht erreichbar. Auf eine Anfrage von *ARD-Hauptstadtstudio*, *"Kontraste"*, *SWR* und der *"ZEIT"* an den ukrainischen Präsidentenberater Michail Podolyak erklärte dieser, die Ukraine habe "natürlich nichts mit den Anschlägen auf Nord Stream 2 zu tun".

In Deutschland lehnte der Generalbundesanwalt eine Stellungnahme ab. Ein Sprecher der Bundesregierung verwies lediglich auf die laufenden Ermittlungen des Generalbundesanwalts. Dieser habe damit die Hoheit über das Verfahren. "Darüber hinaus laufen Untersuchungen in Schweden und Dänemark zu den Explosionen, jeweils unter Federführung der dortigen nationalen Behörden. Zuletzt vor wenigen Tagen haben Schweden, Dänemark und Deutschland den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen darüber informiert, dass die Untersuchungen laufen und es noch kein Ergebnis gebe."

Bericht: USA vermuten pro-ukrainische Gruppe hinter Anschlägen

Die "New York Times" berichtet unterdessen unter Berufung auf nicht namentlich genannte US-Regierungsbeamte, dass es neue Erkenntnisse der US-Geheimdienste gebe, wonach eine pro-ukrainische Gruppe für den Anschlag verantwortlich sei. Es gebe jedoch keine Hinweise auf eine Verwicklung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj oder seines engen Umfelds, oder dass die Täter auf Anordnung der ukrainischen Regierung gehandelt hätten.

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Das Material der US-Geheimdienste lege nahe, dass es sich bei den Tätern um Gegner des russischen Präsidenten Wladimir Putin handle. Es lasse aber weder Rückschlüsse über die Mitglieder der Gruppe zu, noch darüber, wer sie beauftragt oder bezahlt habe.



Bild: ARD-aktuell

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=94683>

Wie Selenskyj daran gehindert wurde, Frieden im Donbass zu schaffen

06. März 2023 um 9:30 Ein Artikel von: [Redaktion](#)

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj gilt vielen im Westen als aufrechter Held, der sich den russischen Interessen im Namen der „westlichen Werte“ entgegenstellt. Das ist bemerkenswert, trat Selenskyj sein Amt doch mit dem Versprechen einer Aussöhnung der Ukraine mit der russisch-sprechenden Minderheit in der Ostukraine an. Doch aus dem Vermittler wurde ein Hardliner, dessen Politik zum jetzigen Krieg beigetragen hat. Unser Leser **Felix Abt** hat einen Blick auf die jüngere Geschichte geworfen und kommt zu dem Eindruck, dass Selenskyj unter dem Druck der Rechtsextremen im eigenen Land und der mangelnden Unterstützung Washingtons eingeknickt ist. Washington habe Selenskyj fallen lassen, um seine eigenen geostrategischen Interessen voranzutreiben.

Eine wahre Geschichte – zensiert von der Medienblase

Es gibt zwei Wolodymyr Selenskyjs: den einen, den wir seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine im Februar 2022 kennen und der seither in den westlichen

Medien **täglich als Held mit blütenweißer Weste gefeiert wird** – und den anderen, der vor dieser massiven Eskalation des 2014 begonnenen Krieges weniger bekannt war. Immerhin haben die deutschen Leitmedien schon den „früheren“ Selenskyj, als **er noch nicht der glorreiche Statthalter des amerikanischen Imperiums war, unter Hinweis auf die „Panama“ – beziehungsweise „Pandora Papers“ als hochgradig korrupt bezeichnet.**

Was dieselbe Medienblase jedoch nicht erwähnt, ist, dass Selenskyj mit einer großen Mehrheit der Wählerstimmen ins Amt gewählt wurde, und zwar mit massiver **finanzieller Unterstützung des damals reichsten ukrainischen Oligarchen (der riesige Summen gestohlen hatte** und gegen den die Vereinigten Staaten deshalb ein Einreiseverbot verhängt hatten) und mit dem Versprechen, dem Donbass Frieden zu bringen. Es mag Sie überraschen – aber er hat es tatsächlich versucht.

Selenskyjs ursprüngliche Friedensmission

Wahrscheinlich hatte sein Vorhaben auch damit zu tun, dass er, der Präsident jüdischen Glaubens und russischer Muttersprache, selbst der Minderheit angehörte. Fließend Ukrainisch lernte er erst spät, als es für ihn politisch unumgänglich wurde.

Schon lange bevor er Präsident wurde, hatte er sich als Komiker gegen die Diskriminierung der russischsprachigen Minderheit eingesetzt. So **erklärte er beispielsweise 2014** in einem Fernsehauftritt: *„Im Osten und auf der Krim wollen die Menschen Russisch sprechen. Lassen Sie sie in Ruhe, lassen Sie sie einfach in Ruhe. Geben Sie ihnen das Recht, Russisch zu sprechen. Die Sprache sollte unser Land niemals spalten. ... Wir haben die gleiche Hautfarbe, das gleiche Blut, unabhängig von der Sprache.“* Als er das höchste Amt im Lande übernahm, machte er sich daran, sein Wahlversprechen umzusetzen.

Angesichts der sehr starken ultranationalistischen Kräfte und der **„Faschisten, die das Land überrannt haben“** (so die **„Jerusalem Post“**), die sich seiner Friedensmission entgegenstellten, war dies jedoch eine Herkulesaufgabe. Der Einfluss dieser Kreise war (und ist) **so groß, dass von den Schulkindern bis zu den Senioren alle Westukrainer bearbeitet wurden, die ukrainischen Bürger russischer Abstammung zu hassen und zu glauben, dass es gut ist, sie abzuschlachten.** Sogar in den Schulen wurden die Schüler von ihren Lehrern angestachelt, **Parolen wie diese** gegen russischsprachige Ukrainer zu verwenden: **„Hängt die Moskowiter“, „Steckt die Russen auf den Scheiterhaufen“, „Trinkt das Blut der russischen Babys!“**

Friedliche Koexistenz statt Endsieg

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Eine friedliche Koexistenz zwischen West- und Ostukraine hätte Selenskyj nur erreichen können, wenn er mit den Vertretern des mehrheitlich russischsprachigen Donbass und mit Russland so hätte verhandeln dürfen, wie er es ursprünglich wollte. Und weil die Extremisten, die den Großteil der Kämpfe in der Ostukraine führen, Selenskyj bedrohten und erklärten, sie würden nur einen „Endsieg“ über den Donbass akzeptieren, war er auf die Unterstützung seiner Anhänger in Washington angewiesen. Diese wollten aber nicht, dass er mit Russland verhandelte – und stärkten damit die Position der Extremisten. Die westukrainischen Ultranationalisten und Banderisten sagten Selenskyj sogar, er würde sein eigenes Todesurteil unterschreiben, wenn er mit Putin spräche, sodass das einzige Ergebnis am Ende Krieg war. Und den haben wir jetzt in der Ukraine, ohne dass ein Ende in Sicht ist.

Zusätzlich zu der Bedrohung seines Lebens sah sich Selenskyj an mehreren Fronten direkten Hindernissen für sein Friedensmandat gegenüber. Als Selenskyj im Oktober 2019 in den Donbass reiste, um in den von russischsprachigen Rebellen gehaltenen Gebieten Wahlkampf zu machen, wurde er mit wütenden Mitgliedern des neonazistischen Aow-Bataillons konfrontiert, die unter dem Slogan „Nein zur Kapitulation“ demonstrierten. In einem auf Video aufgezeichneten Streitgespräch stritt Selenskyj mit einem Mitglied des Aow-Bataillons über die Forderung des Präsidenten nach einem Truppenabzug. „Ich bin der Präsident dieses Landes. Ich bin 41 Jahre alt. Ich bin kein Verlierer. Ich bin zu Ihnen gekommen und habe Ihnen gesagt: Ziehen Sie die Waffen ab“, flehte Selenskyj.

Leid im Donbass anerkannt

Mit der Androhung von Gefängnisstrafen werden Journalisten eingeschüchtert und deren Berichterstattung über den ukrainischen Terror im Donbass verhindert.

Alina Lipp zog 2021 – ein Jahr vor dem Einmarsch Russlands – in die Ukraine und aus reiner Neugierde nach Donezk, um dort einige Zeit zu verbringen und selbst zu erfahren, was im Donbass tatsächlich passiert. Die deutsche „Freelancerin“ war zu diesem Zeitpunkt noch wenig bekannt. Obwohl Berlin lautstark erklärt, die Demokratie und damit die Meinungsfreiheit in der Ukraine zu schützen (notabene mit schweren Waffen, darunter auch wieder Panzer, die gegen Russland rollen!), wollte Deutschland sie dafür mit drei Jahren Gefängnis bestrafen. Alina Lipps neuester Dokumentarfilm[*] über ihren Aufenthalt im Donbass ist hier unzensiert und in voller Länge verfügbar. Sehen Sie ihn sich einfach an und bilden Sie sich Ihr eigenes Urteil!

Doch Selenskyj stieß auf noch weiteren Widerstand: Dieselben rechtsextremen Kräfte errichteten einen bewaffneten Kontrollpunkt, um einen Abzug des ukrainischen Militärs zu verzögern. Tausende von rechtsradikalen und nationalistischen Demonstranten, die von der liberalen Intelligenzija bejubelt wurden und Fackeln trugen, marschierten ebenfalls in Kiew auf. Katharine Quinn-Judge von der *International Crisis Group* erklärte, dass Selenskyjs Ex-Pressesprecherin Julija Mendel das Leid im Donbass anerkannte, weil „Selenskyj im Wahlkampf versprochen hatte, die Bewohner der von Russland unterstützten Enklaven als vollwertige Ukrainer zu behandeln“ – ein Fehltritt für die von den USA begünstigten rechtsextremen Nationalisten, die kein solches Interesse an gleichen Rechten für alle Ukrainer haben.

Rechtsextreme und USA verhinderten Abkommen

Obwohl Selenskyj den Minsker Vereinbarungen zur Lösung der Minderheitenfrage zögerlich gegenüberstand, setzte er die Gespräche über deren Umsetzung fort. Die Rechtsextremen brachten ihre gewalttätige Position bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck – so auch im August 2021, als bei bewaffneten Protesten vor dem Präsidentialamt mindestens acht Polizisten verletzt wurden. Die rechtsextremen Drohungen gegen Selenskyj haben zweifellos ein Friedensabkommen vereitelt, das die russische Invasion hätte verhindern können. Nur zwei Wochen vor dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine stellte die „[New York Times](#)“ fest, dass Selenskyj „extreme politische Risiken eingehen würde, um ein Friedensabkommen mit Russland auch nur in Erwägung zu ziehen“, weil seine Regierung von rechtsextremen Gruppen „erschüttert und möglicherweise gestürzt“ werden könnte, wenn er „einem Friedensabkommen zustimmt, das ihrer Meinung nach Moskau zu viel gibt“.

Juri Hudymenko, Führer der rechtsextremen Demokratischen Ax-Partei, drohte Selenskyj sogar mit einem Staatsstreich: „Wenn irgendjemand von der ukrainischen Regierung versucht, ein solches Dokument zu unterzeichnen, wird eine Million Menschen auf die Straße gehen, und diese Regierung wird aufhören, eine Regierung zu sein.“ Ein Beispiel dafür, dass die Rechtsextremisten es mit ihrer Feindseligkeit gegenüber russischsprachigen Ukrainern ernst meinen, ist die jüngste Ankündigung eines ukrainischen Soldaten im Osten des Landes, [alle russischstämmigen Ostukrainer im Donbass zu ermorden, sobald sich die Gelegenheit dazu bietet.](#)

← Thread



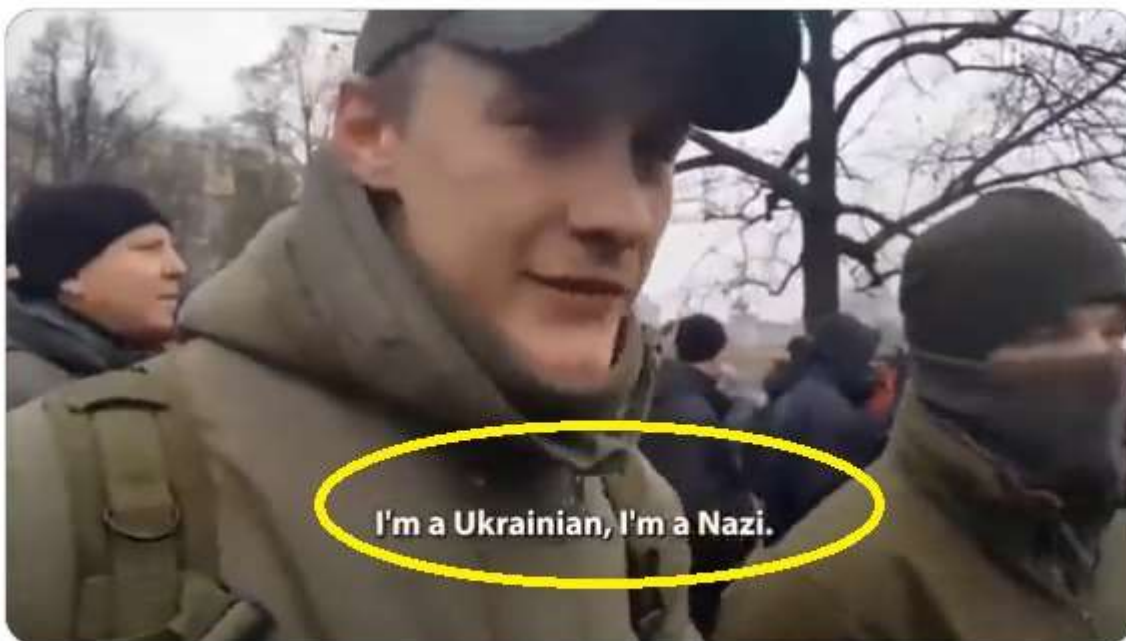
Felix Abt
@felixabt



Kiev's ethnic cleansing of Russian-born eastern Ukrainians in the [#Donbas](#) continues:
Here's a Ukrainian soldier's announcement that they will murder all eastern Ukrainians of Russian ethnicity in the [#Donbass](#) if given the chance.

[#Ukraine](#) [#NATO](#) [#USA](#) [#EU](#) [#support](#) [#genocide](#)

[Tweet übersetzen](#)



4:19 nachm. · 28. Feb. 2023 · 988 Mal angezeigt

Es ging ums politische und physische Überleben

Selenskyj hat die Botschaft eindeutig verstanden. Anstatt das Friedensprogramm, für das er gewählt wurde, weiterzuverfolgen, hat er stattdessen **Bündnisse mit der ukrainischen extremen Rechten geschmiedet, die sich dem Programm gewaltsam widersetzt.** Erst Ende Januar 2022, mitten in den letzten Gesprächen zur Rettung des Minsker Abkommens, erklärte der von Selenskyj ernannte ukrainische Sicherheitschef Oleksiy Danilov stattdessen, dass **„die Erfüllung des Minsker Abkommens die Zerstörung des Landes bedeutet“.**

Bei der letzten Runde der Minsker Gespräche im Februar 2022, nur zwei Wochen vor der russischen Invasion, war **ein „Haupthindernis“**, wie die **„Washington Post“** berichtete, **„Kiews Widerstand gegen Verhandlungen mit den prorussischen**

Separatisten". Nur durch diesen opportunistischen Schulterchluss mit den Extremisten, die ihm nach dem Leben trachteten, konnte Selenskyj sein politisches und physisches Überleben sichern. Er hatte keine andere Wahl. Ihn allein dafür verantwortlich zu machen, wäre ungerecht. **Washington ist in erster Linie dafür verantwortlich, ihn hängenzulassen, und zwar aufgrund der eigenen vorrangigen strategischen Ziele: kompromisslose Schwächung Russlands und in dessen Gefolge auch Europas.** Wer mehr darüber erfahren möchte, sollten sich das [Video von Jimmy Dore](#) zum Thema anschauen.

Titelbild: Bis vor Kurzem verwendete das ukrainische Asow-Bataillon noch Nazi-Symbole, wie auf diesem Bild zu sehen, die es aber fallen ließ, nachdem es von „russischer Propaganda und Desinformation“ erwähnt worden war, wie Asow sich beschwerte. Die vom Westen unterstützte Militärorganisation hat seitdem zwar ihr Erscheinungsbild geändert, nicht aber ihre russophobe und rassistische Nazi-Ideologie. [Photo by Heltsumani / CC BY-SA 4.0]

Das Profil des Autors Felix Abt finden Sie [hier](#).

[Zelensky Threatened w/ DEATH If He Negotiated With Russia! - YouTube](#)



Doppelstandards der westlichen Außenpolitik

06. März 2023 um 10:30 Ein Artikel von [Alexander Neu](#)

Der Westen lässt keine Gelegenheit aus, seine angebliche zivilisatorische Überlegenheit zu verlautbaren. Mit dem Ende des Kalten Krieges hat der westliche Liberalismus gewonnen – weltweit und für immer, so die Überzeugung seiner Protagonisten. Die USA riefen nach dem Ende der bipolaren eine „neue Weltordnung“ aus, **die faktisch die „Pax Americana“ sein sollte – also die einzig von den USA geformte und dominierte politische und ökonomische Weltordnung.** Wer sich nicht so recht von den westlichen Werten und Ordnungsvorstellungen begeistern ließ und lässt, bei dem wurde und wird auch schon mal **mit militärischen Mitteln nachgeholfen, alles natürlich im Namen der Menschenrechte.** Von **Dr. Alexander Neu.**

Westliche Demokratie- und neoliberale Wirtschaftskonzepte sowie die Universalität der Menschenrechte bilden die Grundlage US-geführter westlicher Außenpolitik. Oder fehlt da noch etwas? Interessen vielleicht, die mit westlichen Werten und westlicher Moral bemäntelt werden – insbesondere in der bundesdeutschen Außenpolitik?

In der politischen Praxis wird der westliche Anspruch der Menschenrechte tatsächlich auf die Ebene der bürgerlichen und politischen Menschenrechte verengt. Die sozialen Menschenrechte, wie das Recht auf soziale Sicherheit und Arbeit etc. spielen kaum eine Rolle. Wer kennt sie schon? Werden sie doch **systematisch im politischen Diskurs ausgeblendet,** obschon seit der UNO-Menschenrechtskonferenz im Jahre 1993 **die Unteilbarkeit der politischen und sozialen Menschenrechte festgelegt wurden.** Diese Einseitigkeit des Menschenrechtsverständnis herauszuarbeiten, wäre ein ganz eigener Beitrag.

Hier geht es darum zu beleuchten, inwiefern die vom Westen prioritär thematisierten politischen Menschenrechte tatsächlich die Handlungsmaxime westlicher Außenpolitik, mithin die wertebasierte Außenpolitik, darstellen. Kurzum:

Hält der in seiner Selbstwahrnehmung zivilisatorisch überlegene Westen selbst die politischen Menschenrechte ein und verteidigt diese gegen alle menschenrechtsbrechenden Staaten gleichermaßen – ungeachtet, ob befreundete oder gegnerische Staaten? Diese Frage bzw. die Antwort auf **diese Frage ist entscheidend über die Glaubwürdigkeit westlicher Menschenrechtspolitik,**

mithin ob sie authentisch verfolgt wird oder **nur ein Mittel zum Zweck ist**, um **unliebsame nicht-westliche Regierungen an den Pranger der Weltöffentlichkeit** zu stellen und auf diese Weise **politische und ökonomische Interessen zu sichern**. Das vermutlich prominenteste Gegenbeispiel hat einen Namen: **Julian Assange**.

Aber auch jenseits dieser skandalösen Haltung des Westens gegen den Investigativjournalisten, kann man w**ertebasierte Doppelstandards des Westens in Medien und Politik** ohne größeren Aufwand und mit einem klaren Blick der Realitäten beobachten.

Im Folgenden drei Beispiele mit Blick auf den Ukraine Konflikt:

Das jüngste Beispiel bildet der Skandal in der Sendung „Hart aber fair“. Zu Gast u.a. Sahra Wagenknecht. Darin verweist S. Wagenknecht **auf Kriegsverbrechen beider Seiten**, weshalb auch endlich der Krieg gestoppt werden müsse. Eine berechtigte Forderung, da es **keine „sauberen“ Kriege gibt, sondern Kriegsverbrechen ein inhärenter Bestandteil von Kriegen sind**. Die Grenzen von **„legitimer“ und „illegitimer“ Gewalt bis hin zu schlimmsten Kriegsverbrechen verschwimmen dabei**. Wer also **Kriegsverbrechen verhindern will, muss den Krieg beenden – einfache Logik**.

Anstatt darauf diskursiv einzugehen, wittert der Moderator Louis Klamroth nun die Gelegenheit, S. Wagenknecht vorzuführen. Er zeigt einen **kurzen „Einspielfilm“, in dem ausschließlich russischen Soldaten sexuelle Gewalt in der Ukraine nachgewiesen werden könne**. Damit reaktiviert Klamroth ganz nebenbei auch **einen Frame** mit Blick auf das Ende des 2. Weltkriegs, demnach **nur russische Soldaten Frauen vergewaltigt hätten. Auch das ist mittlerweile widerlegt**. Hier nun der Text des Einspielfilms: „Die Vereinten Nationen sammeln seit Beginn des Krieges Informationen zu Vergewaltigungen: Es gibt dazu verschiedene Aussagen, Stellungnahmen, Berichte. Belege für Vergewaltigungen durch ukrainische Soldaten liegen der UN demnach nicht vor.“ Anscheinend hat der Moderator Klamroth nun S. Wagenknecht der Unwahrheit überführt – aber nur anscheinend. Denn kurze Zeit später musste das Rechercheteam von „Hart aber fair“ indes einräumen: „Mittlerweile ist uns ein Bericht der UN-Menschenrechtskommissarin aus dem Juli 2022 bekannt, **in dem auch sexualisierte Gewalt auf ukrainisch kontrolliertem Gebiet berichtet wird**.“ Also ein Bericht, der mehr als ein halbes Jahr im Internet zu finden ist, wird nicht gefunden??

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Hat „hart aber fair“ nur unsauber recherchiert oder haben sie hinsichtlich des Berichts von Juli 2022 **gesinnungsethisch verblendet beiseite geschaut** – mithin „Hart aber unfair“, um den Titel der Sendung neu zu benennen? Also entweder **journalistische Schlamperei oder intendierte Irreführung im Propagandakrieg** – auch **auf Kosten der Opfer in der Ukraine, die zu falschen Opfern, weil sie nicht auf der richtigen Seite stehen, degradiert werden.**

Das zweite Beispiel: Am 2. Mai 2014 kamen in der Stadt Odessa etwa 50 Menschen ums Leben – sie wurden getötet. Die ermordeten Personen widersetzten sich dem Maidan-Umsturz vom Februar 2014. **Getötet wurden sie von proukrainischen Nationalisten.** Die **Menschen verbrannten im Gewerkschaftshaus, wurden erschossen, zu Tode geprügelt und stranguliert, sowohl Männer als auch Frauen.** Eine **hochschwangere Frau wurde in ihrem Büro im Gewerkschaftshaus mit einem Kabel erdrosselt, womit zwei Menschen getötet wurden – was den Hass und die Hemmungslosigkeit unterstreicht.** Inwieweit es auch zu sexueller Gewalt kam, ist schwer einzuschätzen, jedenfalls gab es Bilder von Toten, deren Unterkörper entblößt waren.

Der Europarat forderte Aufklärung, die bis heute nicht stattgefunden hat, geschweige denn strafrechtliche Ermittlungen und Verurteilungen. Wie hat die deutsche Regierung reagiert? Wochen nach dem Vorfall reiste der damalige Außenminister und **jetzige Bundespräsident F.W. Steinmeier** in die Ukraine. Ein Besuch des Gewerkschaftshauses und **eine Niederlegung von Blumen als Ausdruck der Solidarität mit den dort getöteten Menschen fand nicht statt** – obschon Steinmeier als Sozialdemokrat doch zumindest Gewerkschaftern näherstehen sollte als Nationalisten, **mindestens aber Opfern dieser Verbrechen näherstehen sollte.** Meiner seinerzeit gestellten Frage im Bundestag, warum er das Gewerkschaftshaus nicht besucht habe, wich Steinmeier aus. Mit anderen Worten: **Steinmeier machte seine Aufwartung gegenüber der neuen Maidan-Regierung, bringt es aber nicht fertig, die Opfer des Gewerkschaftshauses zu betrauern.**

Mir sind auch keine Sanktionen gegen die Kiewer Regierung aufgrund des Massakers oder aufgrund des mangelnden Aufklärungsinteresses bekannt. Wo war der Aufschrei der deutschen Massenmedien, die ansonsten das Wasser nicht halten können, wenn Russen oder Serben Verbrechen begehen? **Sind es etwa die falschen Opfer gewesen? Wird den Menschen das Recht auf Leben und nach ihrer Tötung das Recht auf Würdigung abgesprochen, weil sie mit dem Maidan-Umsturz nicht einverstanden gewesen sind?** Kurzum, ja. Eine andere Interpretation erschließt sich mir nicht.

Ein drittes Beispiel: In den Jahren seit 2014 bis zum 24. Februar 2022 wurden nach diversen Schätzungen **rund 14.000 Menschen (Zivilisten und Uniformierte) in der Ostukraine auf beiden Seiten der Frontlinie getötet**. Ich habe in all diesen Jahren immer wieder mit Verwunderung zur Kenntnis genommen, **dass zwar die Zahlen in den Raum geworfen, jedoch nicht qualifiziert wurden – also, wer ist von wem getötet worden?** Die OSZE-Mission („Special Monitoring Mission to Ukraine“) ist vor Ort gewesen. **Zu ihren Aufgaben gehörte, alles zu dokumentieren, was konflikt- und sicherheitsrelevant gewesen ist.**

Die OSZE-Mission hat im Zeitraum 2014 bis 2022 sogenannte daily reports (Tagesberichte) erstellt, in dem auch Angaben zu Toten und Verletzten gemacht wurden. Für den relativ „ruhigen“ Zeitraum 2017 – 2020 wurden die Daten über getötete und verletzte Zivilisten **in einem umfassenden Bericht** aufbereitet. **Darin wird deutlich, dass auf der Seite der Aufständischen doppelt bis dreimal so viele Zivilisten getötet und verletzt wurden als auf der von der Ukraine kontrollierten Seite**. D.h. also, dass auf allen Seiten sehr viele unschuldige Menschen getötet wurden, jedoch die ukrainische Seite deutlich mehr Zivilisten zu verantworten hat als die Seite der Aufständischen.

Und, haben die Menschen in Deutschland diese ausdifferenzierten Zahlen von den Massenmedien erfahren können? Als die bosnischen Serben in den 1990er Jahren Sarajevo belagerten, erhielten wir fast tagesaktuell die Zahlen von durch Serben getöteten Bosniaken. **Und in der Ukraine nicht. Warum wohl? Sind es die falschen Opfer gewesen? Ja, denn die ausdifferenzierte Darstellung der Zahlen und Benennung der Verantwortlichen hätte das propagandistisch gepflegte Schwarz-weiß-Bild des Konfliktes infrage gestellt.** Also zogen es Medien und Politik vor, nur die Gesamtzahl ohne Verantwortlichkeiten zu benennen.

Konflikte und Kriege sind in Ursache und Auswirkung indessen nicht mit dem einfachen Schema der „good and bad guys“ zu verstehen. So einfach ist die Realität nicht und schon gar nicht bei gewaltförmigen Konflikten. Die intendierte unterkomplexe Darstellung von Konflikten hat einen Namen: **Kriegspropaganda**. Und die ist auf beiden Seiten des Konflikts unübersehbar.

Um auf die Eingangsfrage zurückzukommen: Wenn die politischen Menschenrechte ungeteilt wären, wie so gerne von ihren westlichen Befürwortern hervorgehoben, so stellt sich die Frage, warum es **ganz offensichtlich dann „gute“ und „schlechte“ Opfer** gibt. Die Antwort lautet: Die **Einhaltung bzw. Verletzung der politischen Menschenrechte wird sehr selektiv gehandhabt. Bei Verbündeten (beispielsweise US-Lager in Guantanamo, Julian Assange und US-**

Drohnenmorde) sowie strategischen Partnern (Saudi-Arabien) wird schon mal ein oder besser direkt beide Augen zugeedrückt. Demgegenüber wird bei unliebsamen Staaten der Garten so lange umgegraben, bis Menschenrechtsverletzungen gefunden werden, die man politisch anklagen kann.

Unter diesem Aspekt stellen die politischen Menschenrechte keinen Wert an sich dar, sondern werden zu einem Instrument in einem außen- und geopolitischen Macht- und Interessenspiel degradiert. Ein solches Menschenrechtsverständnis bleibt natürlich nicht unentdeckt, insbesondere nicht vom globalen Süden. Dessen Erinnerungen an die Kolonialverbrechen des Westens sind nicht vergessen, was auch einer von vielen Gründen für deren **Verweigerungshaltung** sein dürfte, sich der westlichen Sanktionspolitik trotz westlichen Drucks anzuschließen.

Mehr zum Thema:

[Wie Selenskyj daran gehindert wurde, Frieden im Donbass zu schaffen](#)

[Faktencheck der Faktenchecker: UN-Berichte widerlegen Darlegung von „Hart aber fair“-Moderator Klamroth gegenüber Sahra Wagenknecht](#)

[Skandal-Urteil in Berlin: Amtsgericht verurteilt Friedensaktivisten wegen Rede „Nie wieder Krieg gegen Russland“](#)



WELTFRIEDEN-INTENTIONSPROJEKT von Klaus Schreiner, Innsbruck



Illustration: Vogl und Rosenheim

Vielschreiberei.

WRITE FOR RIGHTS

AMNESTY INTERNATIONAL 





thinkTANK
THE PEACE ROOM
FRIEDE DURCH RECHT



**FRIEDE
FREIHEIT
FAIRNESS**

thinkTANK
LERNFABRIK

"Bildung ist die mächtigste Waffe, die wir nutzen können um die Welt zu verändern. Nelson Mandela

